

Mannheim, 22. April 2026

Presseinformation

GBP-Monitor: Krieg im Nahen Osten belastet deutsche Unternehmen – stille Reserven schwinden, Steuersenkung noch wichtiger als Energiekostenzuschuss

Die stillen Reserven deutscher Unternehmen schmelzen spürbar. Im Februar konnte noch rund jedes dritte Unternehmen durch gewinnmindernde Bilanzpolitik Reserven aufbauen – seither hat sich dieser Anteil halbiert. Maßgeblich dazu beigetragen hat die Eskalation im Nahen Osten, die die wirtschaftlichen Belastungen weiter verschärft. Steigende Energiepreise und gestörte Lieferketten erhöhen den Kostendruck für Unternehmen. Fast 70 Prozent der belasteten Unternehmen reagieren mit Preiserhöhungen, 35 Prozent planen Einschnitte bei Fixkosten, insbesondere durch Personalabbau. Gleichzeitig steigt die Erwartungshaltung gegenüber der Politik: Als wichtigste strukturelle Reform fordern Unternehmen eine substantielle Steuersenkung – sogar noch vor Energiekostenzuschüssen. Das zeigt eine aktuelle Studie des German Business Panel.

Die anhaltende militärische Eskalation im Nahen Osten hat zunehmend auch globale wirtschaftliche Folgen. Seit Ende Februar hat sich die militärische Auseinandersetzung zwischen den USA, Israel und dem Iran zu einem größeren regionalen Konflikt ausgeweitet. Spätestens mit der Sperrung der zentralen Schifffahrtsroute in der Straße von Hormus sind die Energiepreise deutlich gestiegen und internationale Lieferketten erheblich gestört. Eine kurzfristige Entspannung ist trotz laufender Friedensgespräche derzeit nicht absehbar.

Die Auswirkungen sind auch in Deutschland spürbar. Das zeigt der aktuelle GBP-Monitor aus dem April 2026: Fast jedes zweite Unternehmen (49,6 Prozent) berichtet bereits von finanziellen Belastungen infolge des Konflikts. Hauptursachen sind stark gestiegene Energiekosten (72,8 Prozent) sowie zunehmende Planungsunsicherheit (39,0 Prozent) und gestörte Lieferketten (22,8 Prozent).

Kostendruck wächst – finanzielle Puffer schmelzen

Die finanziellen Belastungen gehen zunehmend mit einem Abbau stiller Reserven einher. Während Unternehmen vor dem Krieg gezielt bilanzielle Spielräume nutzten, um finanzielle Puffer aufzubauen, ist dies in der aktuellen Lage deutlich eingeschränkt. Der Anteil der Unternehmen, die gewinnmindernde Bilanzpolitik einsetzen, ist seit Kriegsbeginn von 33,8 auf 18,1 Prozent gesunken. „Das ist ein klares Zeichen dafür, dass die finanziellen Spielräume der Unternehmen schwinden und ihre Fähigkeit, auf weitere Belastungen zu reagieren, abnimmt. Das kann länger anhaltende negative Folgen für Investitionsentscheidungen und

Beschäftigung haben“, erklärt Prof. Dr. Jannis Bischof, wissenschaftlicher Projektleiter des German Business Panel.

Der steigende Preis- und Kostendruck führt bereits jetzt zu starken realwirtschaftlichen Anpassungen. 68 Prozent der Unternehmen planen, in den kommenden 12 Monaten ihre Preise zu erhöhen. Wie stark die Preise letztendlich steigen, hängt entscheidend von der Dauer des Konflikts ab. Sollten die aktuellen Friedensverhandlungen scheitern und der Krieg länger als sechs Monate andauern, rechnen Unternehmen in Deutschland im Schnitt mit einem Anstieg ihrer Verkaufspreise um 9,9 Prozent. „Die hohe Inflation belastet Unternehmen und Haushalte in einem Umfeld mit ohnehin sehr schwachen Wachstumsaussichten. Dieser Krieg ist katastrophal, auch für Deutschland“, so Prof. Dr. Davud Rostam-Afschar, Projektleiter des German Business Panel.

Unternehmen planen Einschnitte und fordern strukturelle Reformen

Um ihre Liquidität zu sichern, reagieren viele Unternehmen zudem mit Einsparungen: 46,1 Prozent wollen Ausschüttungen kürzen, 38,5 Prozent planen geringere Bonuszahlungen und 34,6 Prozent wollen ihre Fixkosten reduzieren, insbesondere durch Entlassungen. Alarmierend ist zudem, dass knapp jedes fünfte Unternehmen (19,7 Prozent) Kürzungen bei Forschung und Entwicklung erwägt. Das könnte die Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft langfristig gefährden.

Entsprechend deutlich sind die Forderungen an die Politik: Neben kurzfristigen Entlastungen bei Energiekosten verlangen Unternehmen vor allem strukturelle Entlastungen – insbesondere durch Steuersenkungen (60,5 Prozent). „Die Ergebnisse zeigen, dass der Krieg gegen Iran nicht nur kurzfristige Krisenhilfen auslöst, sondern den bereits bestehenden Reformdruck in der deutschen Wirtschaftspolitik verschärft. Unternehmen fordern Entlastung bei Energiekosten, aber vor allem bessere Standortbedingungen“, so Rostam-Afschar.

Auch Entlastungen bei Dokumentations- und Berichtspflichten stoßen bei den Unternehmen auf noch größere Zustimmung als zuvor. Die Omnibus-Initiative der EU, die auf einen Bürokratieabbau durch geringere Berichts- und Dokumentationspflichten im Nachhaltigkeitsbereich setzt, wird seit dem Kriegsausbruch stärker begrüßt als noch zuvor (65 Prozent gegenüber 57 Prozent). „Die weiterwachsende Zustimmung zur Omnibus-Initiative zeigt: Unter anhaltendem wirtschaftlichem Druck verlieren Nachhaltigkeitspflichten an Priorität. Unternehmen, die heute um ihre Liquidität kämpfen, verschieben ihre Agenda. Die steigende Zustimmung zur Omnibus-Reform ist kein Bekenntnis gegen Nachhaltigkeit, sondern ein Symptom wirtschaftlicher Überforderung“, so Bischof.

Den „GBP-Monitor: Unternehmenstrends im April 2026“ finden Sie hier:

https://www.accounting-for-transparency.de/wp-content/uploads/2026/04/gbp_monitor_april_2026.pdf

Weitere Informationen zum GBP-Monitor

Das German Business Panel befragt monatlich mehr als 800 Unternehmen zur Unternehmenslage in Deutschland und erhebt dabei Daten zu 1) erwarteten Umsatz-, Gewinn- und Investitionsänderungen, 2) unternehmerischen Entscheidungen, 3) der erwarteten Schließungsrate in der Branche und 4) der Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik. Zudem wird alle drei Monate zu besonders aktuellen Fragen berichtet.

Hintergrundinformationen zum German Business Panel

Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“ (www.accounting-for-transparency.de). Der Sonderforschungsbereich (SFB) „TRR 266 Accounting for Transparency“ startete im Juli 2019. Im Mai 2023 beschloss die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), den SFB um zunächst weitere vier Jahre zu verlängern. Er ist der erste SFB mit betriebswirtschaftlichem Schwerpunkt. Am SFB sind über 100 Wissenschaftler*innen von acht Universitäten beteiligt: Universität Paderborn (Sprecherhochschule), Humboldt-Universität zu Berlin und Universität Mannheim, zudem Forschende von der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie der Goethe-Universität Frankfurt am Main, der Frankfurt School of Finance & Management, der Universität zu Köln, der Leibniz Universität Hannover und der Technischen Universität Darmstadt. Die Forschenden untersuchen, wie Rechnungswesen und Besteuerung die Transparenz von Unternehmen beeinflussen und wie sich Regulierungen und Unternehmenstransparenz auf Wirtschaft und Gesellschaft auswirken. Das Fördervolumen des SFBs beträgt rund 18 Millionen Euro.

Kontakt:

Prof. Dr. Jannis Bischof
Lehrstuhl für ABWL und Unternehmensrechnung
Universität Mannheim
Tel: +49 621 181-1630
E-Mail: jbischof@uni-mannheim.de

Prof. Dr. Davud Rostam-Afschar
Professor für Rechnungswesen
Universität Mannheim
Tel: +49 621 1811645
E-Mail: rostam-afschar@uni-mannheim.de

Luisa Gebhardt
Redakteurin
Universität Mannheim
Tel: +49 621 181-3266
E-Mail: luisa.gebhardt@uni-mannheim.de